**Finanzpolitik aus rechter Sicht**

**„Ich würde auch gerne sofort handeln“ – Interview mit Finanzminister Ueli Maurer über die Altersvorsorge, Asylpolitik und die Bundesfinanzen**

*(erschienen in der Baslerzeitung vom 6.07.16, das Gespräch führten D. Feusi und C. Keller)*

***BaZ: Herr Bundesrat, was macht einen guten Finanzminister aus?***

Ueli Maurer: Das Wichtigste ist, dass man eine langfristige Strategie entwickelt und nicht von Jahr zu Jahr lebt. Das ist der grösste Mangel in der Politik. (...)

***Und wie sehen die Bundesfinanzen langfristig aus?***

Es sieht nicht rosig aus. Die Alterung der Bevölkerung führt langfristig zu einer Stagnation und wird damit zum Problem. Erstens führt das zu höheren Kosten in der Altersvorsorge, zweitens zu höheren Kosten bei der Gesundheit und drittens sinken die Steuereinnahmen, weil Pensionierte weniger Einkommen haben und darum tendenziell auch weniger Steuern zahlen. Diese drei Faktoren werden unter anderem die Bundes­finanzen belasten. (...)

***Was bedeutet die Entwicklung für die Jungen?***

Die Finanzierung des Staates und damit auch der Vorsorge des Alters wird schwieriger. Wir lagern jetzt schon von den Jungen zu den Alten um. Wenn wir das nicht ändern, dann nimmt die Verschiebung noch zu. Junge Menschen haben dann immer weniger zum Leben, weil sie immer mehr Vorsorge leisten müssen. Zusätzlich dürfte die Verschuldung des Staates zunehmen. Auch das ­zahlen dann die nächsten Generationen. Der Generationenvertrag, von dem man so gerne spricht, droht aus dem Gleichgewicht zu geraten. (...)

***Auf Ebene von Gemeinden und Kantonen muss gespart werden, gleichzeitig kostet der Asylbereich mehr. Haben Sie den Eindruck, dass die Bevölkerung das noch akzeptiert?***

Mittelfristig nicht mehr. Wir müssen damit beginnen, die Asylpolitik von den Kosten her zu betrachten. Ich bin überzeugt, dass die Finanzen eine wichtige Rolle in der

Asylpolitik ­spielen müssen. Die Kosten­steigerung ist eine Chance, dass das geschieht. (...)

***Eine Forderung ist, dass der Bund die Kosten für den Asylbereich selber ­übernimmt.***

Man beginnt jetzt, die Kosten für den Asylbereich umherzuschieben. Damit werden die Kosten nicht kleiner, aber sichtbar und politisch zum Thema. Die Leute merken, dass es finanzielle Konsequenzen hat, die uns auf lange Zeit massiv belasten werden. Dass die Kantone nun Druck machen, ist logisch und richtig. Das Gleiche gilt für die Gemeinden, die mit steigenden Sozialhilfekosten konfrontiert sind. Der finanzielle Druck könnte die Asylgewährung korrigieren. (...)

***Dann sind aber die zusätzlichen Kosten im Asylbereich nicht ausserordentlich.***

Ausserordentlich oder nicht, wir müssen sie bezahlen und das an anderen Orten wieder einsparen. (...)

***Ist es in der Schweiz möglich, langfristige Finanzpolitik zu machen?***

Man muss die allgemeine Mentalität ändern. Als Verteidigungsminister habe ich vor acht Jahren gesagt, dass die Armee mehr Geld braucht. Zuerst wurde ich ausgelacht, sogar von den eigenen Leuten. Jetzt wird es Tat­sache. Das muss ich in der Finanzpolitik schaffen. (..)

***Der Bund rechnet mit deutlich mehr Einnahmen für 2017 und gibt dementsprechend auch wieder deutlich mehr aus. Muss der Staat immer wachsen?***

Die Bevölkerung wächst, aber die Frage ist, wie wir den Staat wieder auf seine Kernaufgaben zurückführen, damit er wirklich macht, was er tatsächlich tun muss. Das braucht einen langen Atem, auch im Bundesrat. Die Ausgaben sind zum Teil an die Einnahmen gekoppelt und steigen dann automatisch. (...)

***Als Reaktion auf die steigenden Asylkosten forderten Parlamentarier, man müsse die 850 Millionen bei der Entwicklungshilfe einsparen.***

Das ist eine Variante. Die beiden Themen haben durchaus etwas miteinander zu tun. Wir müssen die Entwicklungshilfe fokussieren. Wir verteilen zu oft mit der Giesskanne. (...)

***Der Bund zahlt jährlich 37 Milliarden Franken Subventionen. Tendenz steigend. Müsste es in diesem Bereich nicht zu einer Trendwende kommen?***

Wir alle kennen die «Subventionitis» des Staates. Die grosse Schwierigkeit liegt darin, dass alle Subventionen auf gesetzlichen Grundlagen beruhen. Wenn Sie kürzen wollen, ­müssen Sie zuerst das Gesetz ändern. Das prüfen wir. Da die Beträge für diese Legislatur bereits gesprochen sind, werden sich die Anstrengungen ­frühestens in vier Jahren auszahlen. Es ist allerdings schwierig, einer bestimmten Interessengruppe Leistungen wegzunehmen. Immer wieder finden sich Mehrheiten, die beim Parlament durchgehen. Allerdings: Grosse Zahlungen gehen an die Kantone als Beitrag für ihre Leistungen.

***Hat die Eidgenossenschaft nicht ganz einfach zu viel Geld?***

Das betriebswirtschaftliche Verständnis und das Kostenbewusstsein sind in der Politik und der Verwaltung nicht sehr ausgeprägt. Daran müssen wir arbeiten.

***Warum ist das so? Weil es nicht das eigene Geld ist, das man ausgibt?***

Politiker vertreten die Interessen ihrer Wähler, Kulturschaffender, ­Bauern, Umweltorganisationen und so weiter. Bundesangestellte leben in einem Berufsumfeld, wo Millionen von Franken hin- und hergeschoben ­werden. Alle wollen ihre Arbeit ­möglichst genau und gut machen. Und so schiesst man oft übers Ziel hinaus und gibt Geld aus, das man privat nie so grosszügig verwenden würde.

***Die stark teurer werdenden Bereiche, Sozialstaat und Asylwesen, sind die Kernanliegen von SP und Grünen. Wie sehen Sie das als Finanzminister mit bürgerlichem Hintergrund?***

Mir fällt auf, dass ständig mit der Moralkeule hantiert wird. Wollen wir Leistungen zurückfahren, folgt sogleich der Protest, es handle sich um eine unmoralische Massnahme. Dabei ist es doch so: Bei jedem Bedürftigen, dem wir etwas geben, entsteht sofort eine Erwartungs­haltung. (...)

***Während die Ausgaben wegen des ­Asylwesens um 850 Millionen Franken zunehmen, wird die Unternehmenssteuerreform III (USR III) dem Bund prognostizierte Einnahmenausfälle bescheren. Die SP fühlt sich bestätigt: Es sei richtig, das Referendum zu ergreifen, weil angesichts der steigenden Kosten ein Abbau bei den Einnahmen unverantwortlich sei. Was sagen Sie?***

Wenn wir die Steuerreform nicht umsetzen, verlieren wir sehr viel Steuersubstrat. Bei der Vorlage geht es im Grunde um eine Investition in die Zukunft. Gerade in Sachen USR III sehe ich auch eine Chance, ­lang­fristige Zusammenhänge auf­zuzeigen. Tatsächlich ist es möglich, dass es kurzfristig zu Einbussen kommt. Wenn wir jetzt aber nicht handeln, werden wir in vier Jahren viel ­grössere Ausfälle verzeichnen als heute. (...) Tatsache ist, dass die USR III die mittleren und kleineren Steuerzahler langfristig entlastet und bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können. (...)

*Quelle:* <http://verlag.baz.ch/artikel/?objectid=EED8365E-F800-5B8A-9E5089715B4E20D7#.V3ytAYn8IvY.twitter>

Und Ueli Maurer zu den Panama-Papers in einem Blick-Interview:

***Was halten Sie von solchen Offshore-Geschäften für Superreiche? Die einfachen Leute haben nichts davon!***

Man muss diese Möglichkeiten schaffen. Die reichen Leute bezahlen viel mehr[Steuern](http://www.blick.ch/dossiers/steuern) als ich. Ich bin nicht reich – und ohne Reiche müsste ich mehr Steuern bezahlen. Wir dürfen uns nicht als Obermoralisierer der Welt aufspielen. Heute haben wir in der Schweiz eine Regulierungsdichte erreicht, die definitiv reicht. Wer kriminelle Energie hat, findet so oder so immer eine Lücke.

*Quelle:*

<http://www.blick.ch/news/politik/das-grosse-interview-mit-finanzminister-ueli-maurer-ein-paar-offiziere-muessen-nochmals-in-den-kindergarten-id4894382.html>

**57. Winterkongress des Schweizerischen Gewerbeverbandes in Klosters**

**Bern, 20.01.2006 - Referat von Bundesrat Hans-Rudolf Merz**

***Auszüge aus der Rede:***

Würden Sie Ihre Vorfahren aus dem Gewerbe treffen, könnten Sie sich sehr rasch verständigen. Die gleichen Ärgernisse wie damals liegen heute noch in der Luft. Denn Steuern stellen für den Unternehmer vor allem einen Kostenblock dar, der die Renditen und die Gewinne schmälert und damit den Unternehmen ausgerechnet investierbare Mittel entzieht.

Da ohne Steuern keine öffentlichen Leistungen angeboten werden können und diese auch dem Gewerbe zu Gute kommen, lautet die Frage nicht, "Sollen Gewerbetreibende Steuern zahlen?" sondern "In welchem Rahmen soll dies stattfinden?". Gegenüber dem Mittelalter hat sich da einiges verbessert, der Liberalismus hat sich durchgesetzt. Der Weg ist aber noch nicht zu Ende.

Die Diagnose ist bekannt. Unser Steuersystem ist nicht durchwegs gerecht, nicht vollends wachstumsfreundlich und es wird vor allem immer komplizierter. Internationale Steuerbelastungsvergleiche zeigen: Einige Kantone gehören bei der Unternehmensbesteuerung international zu den Klassenbesten. Dies gilt aber insbesondere, solange die Belastung für den Investor nicht mit eingerechnet wird. Und: der Trend spielt gegen uns. International bewegt sich im Steuerwesen viel.

Es besteht somit Handlungsbedarf. Der Bundesrat setzt sich ein effizientes Steuersystem zum Ziel, das die Staatsausgaben fair und für alle tragbar finanziert. Die Belastungen sollen massvoll sein und dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgen. Dabei ist ein Grundelement der **Steuerwettbewerb**. Er ist eines unserer Erfolgsrezepte.

Der Steuerwettbewerb schafft Chancen, die es zu nutzen gilt. Ich erkenne vor allem vier Vorteile:

1. Der Steuerwettbewerb schützt die Bürger vor übermässigem Steuerappetit der Regierungen. Er ist eines der wenigen Instrumente, das die staatlichen Entscheidträger diszipliniert.
2. Der Steuerwettbewerb ist sodann das Entdeckungsverfahren für neue und innovative Besteuerungssysteme. Erfolgreiche Strategien werden imitiert, erfolglose dagegen gemieden.
3. Der Steuerwettbewerb ist auch ein willkommener Vergleichsmassstab. Bürgerinnen und Bürger können den Erfolg ihrer Behörden relativ zu anderen Behörden messen und dies bei Wahlen berücksichtigen. Insofern belebt der Steuerwettbewerb die Demokratie.
4. Grosse Länder verfügen über die Vorteile eines grossen Binnenmarkts. Kleine Länder haben demgegenüber einen "natürlichen" Wettbewerbsnachteil, den sie über die Steuerpolitik kompensieren können.

Unser Steuerwettbewerb ist gleichwohl nicht unbeschränkt. Einerseits bildet der Finanzausgleich das Korrektiv zwischen den objektiven Unterschieden der Kantone. Anderseits streben wir im Gegensatz zur materiellen Harmonisierung die formelle Harmonisierung unter den Kantonen an.

Dennoch ist der Steuerwettbewerb in letzter Zeit ins Gerede geraten. Bestritten werden die positiven Wirkungen. Steuerwettbewerb - so wird behauptet - löse eine ruinöse Steuersenkungsspirale aus. Wer dies behauptet, blendet aus, dass die Steuerquote unseres Landes seit 1990 bis 2004 nicht gesunken, sondern von 26% auf 29,5% gestiegen ist. Und: Die diversen Steuerreformen in den Kantonen sind die gewollte Folge der Einführung des neuen Finanzausgleichs NFA. Da die finanzstarken Kantone die weniger starken Stände ab 2008 kräftiger unterstützen werden, können diese mit Steuersenkungen ihren Standort attraktiver machen und sich so aus eigener Kraft vom Subventionstropf lösen.

Die Alternative zum Steuerwettbewerb heisst Steuerkartell: Kartelle aber sind zumeist teurer ohne ein Mehr an Leistung. Unser Land steht als Beispiel für die gesunden Effekte des Steuerwettbewerbs: Wir verfügen über eine ausgezeichnete Infrastruktur, hohe Bildung, ein dichtes soziales Netz und dennoch eine moderate Steuerbelastung.  
Was wohl gegenüber dem Mittelalter geändert hat, ist die Grundbedingung für die Steuerbeziehung zwischen Staat und Bürgern resp. Unternehmen, nämlich das Vertrauen. Vertrauen ist ein schillernder Begriff. Vertrauen kann ich nicht einfordern - es wird dem Staat geschenkt. Das Vertrauen der Steuerzahler in den Staat basiert auf den langfristigen Erfahrungen, die im Umgang mit den Behörden gemacht werden. Wir wissen, dass ein respektvolles Verhalten der Behörden gegenüber den Steuerpflichtigen die Steuerehrlichkeit erhöht. Dafür setze ich mich ein:

* Respektvolles Verhalten bedeutet erstens transparente Verfahren der Steuerbehörden. Diskretionäre Entscheide gefährden dieses Vertrauensverhältnis, es entsteht ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Staatsgewalt.
* Respektvolles Verhalten schliesst zweitens den persönlichen Umgang mit Steuerpflichtigen ein. Je eher sich der Steuerpflichtige als Kunde behandelt fühlt, desto grösser ist sein Verständnis für den Steuerbescheid und damit seine Steuerehrlichkeit. Unser System der Selbstdeklaration ist hierzu wegweisend, das Gegenstück aber genauso. Es ist die Sanktion des betrügerischen Verhaltens von Steuerpflichtigen. Ehrliche Steuerzahler dürfen nicht den Eindruck erhalten, sie würden ausgenutzt.

Meine politische Agenda zielt darauf, das Vertrauenskapital zwischen Bürger und Staat zu stärken. Dazu ist es notwendig, verschiedene Steuerreformen durchzuführen. Diesen habe ich vier gemeinsame, übergeordnete, liberale Ziele gesetzt.

* Durch den Abbau von Verzerrungen wirkt die Fiskalpolitik neutraler, so dass individuelle und unternehmerische Entscheide möglichst frei von steuerlichen Zwängen getroffen werden können.
* Weiter wird die Besteuerung einfacher und gerechter.
* Sodann erwarten wir positive Effekte für Wachstum und Beschäftigung.
* Und schliesslich sind sie auch finanzpolitisch verkraftbar.